

Stellungnahme

Eingebracht von: Berger, Christian

Eingebracht am: 17.09.2020

Ich erhebe Einspruch gegen den Gesetzesentwurf zur Änderung des Epidemie-Gesetzes, welcher behördlicher Willkür Vorschub leistet und mit unseren demokratischen Werten ebenso wenig wie mit den Grundsätzen unserer Verfassung vereinbar ist.

Das geplante Gesetz würde der Regierung auf Basis von unbestimmten Begriffen wie „entsprechend der epidemiologischen Situation“ oder „um einen drohenden Zusammenbruch der medizinischen Versorgung zu verhindern“ das Verbot des Betretens und Verweilens in undefinierten „bestimmten Orten“ und „öffentlichen Orten“ erlauben, was sowohl bestimmte öffentliche als auch bestimmte private Orte umfassen würde.

Weiters sind im Gesetzesentwurf noch einschränkende Bestimmungen über nicht weiter definierte „Veranstaltungen“ beabsichtigt, welche im Widerspruch zur österreichischen Verfassung, zum Bundesversammlungsgesetz und zum Landesveranstaltungsgesetz stehen.